

GEORG GRADNAUER · DIE NEUE SITUATION IN SACHSEN



SEIT durch die Wahlen im Herbst vorigen Jahres eine durchaus neue Parteikonstellation in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags herbeigeführt wurde, haben in dieser Körperschaft so mannigfaltige und wichtige Auseinandersetzungen stattgefunden, daß es möglich ist die neue politische Situation dieses Landes einer zusammenfassenden Beurteilung zu unterziehen.

Es ist erforderlich mit einigen Hinweisen auf das letzte Wahlergebnis zurückzugreifen. Ich habe schon kurz nach den Landtagswahlen mitgeteilt, daß die Sozialdemokratie nach Aussonderung der Zusatzstimmen, die das Pluralwahl-system verteilt, wahrscheinlich mehr Wähler auf sich vereinigt habe als alle anderen Parteien zusammen.¹⁾ Die mittlerweile erschienene amtliche Wahlstatistik hat diese Annahme vollauf bestätigt. Bei einer im ganzen Land sehr starken Wahlbeteiligung von beinahe 83 % der Wahlberechtigten — im günstigen Gegensatz zu der schwachen Beteiligung unter dem frühern Dreiklassenwahlsystem — wurden für die Sozialdemokraten 341 396 Stimmzettel abgegeben, während die sämtlichen anderen Parteien nur 292 816 erhielten; die konservative Partei hatte 103 517, die freikonservative 2036, die *Reformpartei* und *Mittelstandsvereinigung* 20 249, die nationalliberale Partei 125 157, die freisinnige 41 857 Wähler. Recht bemerkenswert ist dabei, daß für die Sozialdemokratie von den Zweistimmenwählern mehr als die Hälfte (54,12 %), von den Dreistimmenwählern mehr als ein Viertel (26,46 %), von den Vierstimmenwählern 8,26 % gewählt haben. Gleichwohl hat natürlich die Stimmenhäufung des Pluralsystems das Wahlergebnis in hohem Maß zuungunsten unserer Partei verfälscht. Die Sozialdemokratie erhielt, wenn nicht die Stimmzettel sondern die Stimmen und Zusatzstimmen gezählt werden, 492 522 Stimmen, die anderen Parteien aber zusammen 781 476 Stimmen. Die amtliche Statistik kommt zu dem Ergebnis, daß die Sozialdemokratie wahrscheinlich 68 von den 91 Mandaten, die die Kammer umfaßt, erhalten hätte, wenn ohne Zusatzstimmen gewählt worden wäre, daß sie trotz Zusatzstimmen, falls nach proportionalem Verfahren verteilt worden wäre, 35 Mandate erhalten hätte. In Wirklichkeit hat sich unsere Partei mit 25 Mandaten begnügen müssen, das Pluralsystem in Verbindung mit der veralteten Wahlkreiseinteilung hat sich wirklich, wie die *Leipziger Zeitung*, das Regierungsorgan, ausführt, als »wirksame Schranke gegen die im Reichstagswahlrecht liegenden Gefahren« erwiesen.

Immerhin ist auf Grund der letzten Wahlen eine ganz neue parlamentarische Situation entstanden. Die Sozialdemokratie in erster Linie darf sich der veränderten Verhältnisse freuen. Sie hat nach langen, schwierigen Kämpfen endlich wieder eine große Position in dieser Vertretungskörperschaft errungen, in der schon seit den siebziger Jahren Sozialdemokraten saßen, in der unter dem Sozialistengesetz Liebknecht, Bebel, Vollmar wirkten, aus der unsere Partei aber durch den Gewaltstreich von 1896 verdrängt wurde. So kann endlich wieder in allen wichtigen Fragen der Kulturpolitik, die den Landtag beschäftigen, die Arbeiterklasse ihre Interessen zum Vortrag bringen und die Gesetz-

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Nach den sächsischen Wahlen* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 3. Band, pag. 1466 ff.

gebung mit ihren sozialen und demokratischen Anschauungen zu erfüllen versuchen. Die neue sozialdemokratische Landtagsfraktion hat sich mit Eifer und Ernst an ihre Aufgabe gemacht und sich schon in den wenigen Monaten ihrer Tätigkeit, sei es in der Stellungnahme zu Regierungsvorlagen sei es durch eigene Anträge und Interpellationen, als überaus arbeitstüchtig erwiesen. Die neue Fraktion besteht fast durchweg aus Mitgliedern, die bisher noch nie in einem Parlament tätig waren, und ihre Leistungen sind ein schöner Beweis der schöpferischen Macht, die aus der Arbeiterbewegung emporwächst.

Die Stellung unserer Fraktion war aber auch von vornherein eine andere als zu der Zeit, da die Reaktion es noch für möglich hielt die Sozialdemokratie völlig aus dem Landtag auszuschalten. Das letzte Jahrzehnt deutscher und sächsischer Geschichte hat manche rückständige Verbohrtheit überwinden lassen. Auch in diesem seit Jahrzehnten als erzreaktionäres Musterland verrufenen sächsischen Staat müssen sich die herrschenden Mächte damit abfinden, daß die Arbeiterschaft, gegen deren Aufwärtssteigen alle Knebel- und Entrechtungsgesetze versagt haben, nicht mundtot gemacht werden kann. In der frühern parlamentarischen Periode, vor 1896, hatte man unsere Abgeordneten von den Deputationen kurzerhand ausgeschlossen, so daß eine sachlich eindringende Arbeit unmöglich war, und dann klagte man über die rein agitatorischen Reden, die von den Sozialdemokraten zum Fenster hinaus gehalten würden. Jetzt war über den Eintritt unserer Parteigenossen in die Deputationen keinerlei Erörterung mehr möglich. Unsere Vertreter führen zum Teil den Vorsitz in Deputationen und fungieren als deren Berichterstatter. Einen Vizepräsidentensitz und einen Sekretärsposten haben sie allerdings noch ablehnen zu sollen geglaubt, weil die Nationalliberalen daran Bedingungen knüpften, die sie nicht erfüllen mochten; auch in dieser Hinsicht werden mit der Zeit unsere Ansprüche auf Gleichberechtigung mit allen anderen Parteien sich durchsetzen.

Ein weiteres Kennzeichen der neuen Situation ist darin zu erblicken, daß eine geradezu rückwärtslerische Politik, wenigstens fürs erste, ausgeschlossen erscheint oder doch unwahrscheinlich geworden ist. Die Vorherrschaft der Konservativen ist gebrochen. Die konservative Partei, die in der vorigen Kammer die Mehrheit der Sitze hatte, ist auf 29 von 91 Mandaten zurückgeworfen worden. Neue Verschlechterungen staatsbürgerlicher Rechte, *mittelstandsrechtliche* Pläne, wie die noch bis vor kurzem stets drohende Landesumsatzsteuer gegen die Arbeiterkonsumgenossenschaften und Ähnliches, sind, wie es scheint, zur Unmöglichkeit geworden. Eine ganz andere Frage aber ist es, ob etwa durch die jetzige Zusammensetzung der Zweiten Kammer eine freie Bahn nach vorwärts eröffnet wird, ob und inwieweit die Aussicht vorhanden ist, daß man altes Unrecht beseitigt, politische Rechte erweitert, wirtschaftspolitische Maßnahmen zugunsten der arbeitenden Klassen durchführt, die geistige Kultur entwickelt und erhöht. Schon die bisherigen Verhandlungen in der Kammer haben gezeigt, daß in alledem leider keinerlei größere Erwartungen gehegt werden dürfen. Vielmehr wird es aller Wahrscheinlichkeit nach die Signatur der jetzigen Periode sein, daß ein fruchtbareres Wirken ins Weite und Freie zunächst noch unmöglich bleibt. Es zeigt sich schon, daß der Liberalismus weder den Willen zu einer großzügigen Fortschrittspolitik in sich trägt noch die Kraft auch nur das Wenige, das er etwa will, gegen den Widerstand der beharrenden Mächte durchzusetzen.

Wenn wir das Verhältnis zwischen den beiden bürgerlichen Hauptparteien, den Konservativen und den Nationalliberalen, betrachten wollen, so ist zuvor zu bemerken, daß die sächsische Regierung sich einseitig auf der konservativen Seite hält. Die sächsische Regierung erklärt natürlich, genau wie Herr von Bethmann Hollweg von sich und seinen preußischen Ministerkollegen, daß sie keine Parteiregierung sei. Doch ist sie in Wirklichkeit durch und durch konservativ. Als einmal die Nationalliberalen Beschwerde führten, daß die Beamten unter Beeinflussungen von den oberen Stellen her fast ausschließlich für die konservative Partei arbeiten, da erwiderte der Minister des Innern Graf Vitzthum von Eckstädt in aller Naivetät und zum großen Verdruß der beleidigten Nationalliberalen, die konservative Gesinnung der Beamtenschaft erkläre sich einfach daher, daß die konservative Partei in höherm Maß als andere Parteien *staatsert haltend* sei. In Wahrheit lastet auf der Beamtenschaft der Druck der konservativen Tradition und der terroristische Zwang, der ganz nach preußischem Muster ausgeübt wird. Der Konservatismus der höhern Beamtenhierarchie aber wird allerdings nicht ausschließlich durch wirtschaftliche Interessengemeinschaften bedingt, er wird wohl erheblich durch einfache Familien- und Personeninteressen mit bestimmt; man fürchtet, daß Ämter und Posten durch Emporkömmlinge aus den breiteren bürgerlichen Schichten in Besitz genommen werden. Aber wie dem auch sei, die sächsische Regierung ist unter den neuen Verhältnissen die alte geblieben. Alle Minister sind konservative Männer, und ihr Auftreten in der Kammer zeigte fast jeden Tag, wie außerordentlich widerwärtig es ihnen ist mit einer Kammer wie der jetzigen arbeiten zu müssen. Es hat nicht an scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Ministern und den sozialdemokratischen Abgeordneten gefehlt, aber fast noch häufiger waren sehr gereizte und erbitterte Parteigegefechte zwischen den nationalliberalen Abgeordneten und den Ministern. Besonders der leitende Mann im Ministerium, der Finanzminister Dr. von Rüger, vermag sich in die neuen Verhältnisse ganz und gar nicht einzuleben. Dr. von Rüger ist eine in ihrer Art geschlossene Persönlichkeit. Er hat noch in seinen hohen Jahren in zäher Arbeit die verfahrenen Finanzen des Landes, wenn auch nur allzusehr durch gründliche Sparerei an den Unterbeamten und Staatsarbeitern, wieder einigermaßen geordnet. Aber er vermag über den altgewohnten engen Horizont eines philiströsen Konservatismus nicht hinauszuschauen. Dazu ist er herrisch und unduldsam gegen Widerspruch, er wird leicht erregt, gallig und provoziert heftige Szenen. Er ist der selbe, der vor mehr als 10 Jahren im Reichstag als Generalstaatsanwalt und sächsischer Bundesratsbevollmächtigter gegenüber dem Verfasser dieser Zeilen die grausamen Zuchthausurteile in der damals viel erörterten Löbtauer Bauarbeiteraffäre verteidigte und jede Milderung schroff ablehnte, wobei er freilich, wie in noch manchen anderen Fragen, durch den weitem Verlauf der Ereignisse sehr ins Unrecht gesetzt wurde. In der jetzigen Landtagssession haben die streitbaren Auseinandersetzungen zwischen Dr. von Rüger und den Liberalen, aber auch unseren Parteigenossen, nicht aufgehört. Bald warf Dr. von Rüger die Behauptung hin, die Herren forderten immer, die Regierung solle liberaler werden, aber was eigentlich liberal bedeuten solle, daraus könne man überhaupt nicht klug werden. Dann sagte er nach der Eisenbahnrede eines Nationalliberalen, der Herr Abgeordnete könne 7 mal 7 solcher schönen Reden halten, der Regierung falle es doch nicht ein die Bahn zu bauen. Dann wieder verbittet er sich in aufge-

regter Verärgerung und in heftigstem Ton »Ungezogenheiten«, obschon ihm niemand etwas angetan hatte, und schließlich läßt er sich so weit gehen angebliche Zwischenrufe in das Landtagsstenogramm hineinkorrigieren zu lassen, die er aber, wie er ehrlicherwise zugestehen muß, selbst gar nicht gehört hat. Kurzum, es gab fortwährende Reibereien, die aber alle darauf zurückzuführen sind, daß die konservative Regierung es durchaus nicht verwinden kann ihren konservativen Landtag eingebüßt und einen neuen dafür eingetauscht zu haben, in dem ihr streitsüchtige Liberale und eine schreckliche Menge Sozialdemokraten gegenüber sitzen. Die sächsische Regierung hat sich eben in dem neuen Wahlrechtsexperiment des Pluralstimmrechts ebenso getäuscht wie vor 14 Jahren bei der Durchführung der Dreiklassenwahl. Damals gedachte sie die sozialdemokratische Vertretung loszuwerden, mußte aber bald vor dem Unwillen der entrechteten Massen weichen; jetzt mußte sie widerwillig eine schmale Pforte öffnen, durch die ein halbes Dutzend Sozialdemokraten hineinkommen sollten, aber die Wähler stießen die Tür viel weiter auf.

Genau so verärgert wie die Regierungsvertreter ist die konservative Partei. Nur mühsam beherrschen sich deren Führer, um ihren grimmigen Unmut über die verlorene Herrlichkeit nicht allzu deutlich merken zu lassen. Auf dem Präsidentensessel sitzt nicht mehr der Hofrat Mehnert, eine Art sächsischer von Heydebrand und der Lase, sondern der nationalliberale Dr. Vogel; dazu auch ein Freisinniger im Präsidium; und mit diesen beiden muß ein konservativer Vizepräsident recht armselig die präsidialen Ehren teilen. Gerade in häßlichen Angriffen gegen den nationalliberalen Präsidenten entlud sich oft der konservative Verdruß, mehr allerdings noch in verleumderischen Preßkampagnen draußen als in der Kammer selbst. Es mag nur an das erinnert werden, was kürzlich die *Korrespondenz des Konservativen Landesverbands* brachte: ». . . Eine Beobachtung des Verlaufs der Sitzungen der Vertreter des sächsischen Volks kann selbst einem liberalen Mann die Meinung beibringen, daß diejenigen, die von einem Niedergang des Parlamentarismus in Deutschland reden, nicht so unrecht haben . . . Die Versumpfung geht unter dem Regime des nationalliberalen Präsidenten Dr. Vogel vorwärts . . . Die Masse auf der öffentlichen Tribüne wirkt mit Zwischenrufen und Beifalls- oder Mißfallensäußerungen sehr aktiv an den Verhandlungen mit, die öffentliche Tribüne ist aber noch nie vom Präsidenten in die Schranken gewiesen worden . . .« Derartige gehässige Unwahrheiten mußten natürlich die Nationalliberalen schwer ärgern, und es kam oft zu hitzigen und spitzigen Polemiken. Andererseits aber sagen sich Regierung wie konservative Partei, daß sie die Nationalliberalen nicht allzusehr vor den Kopf stoßen dürfen, weil ohne deren Mitwirkung überhaupt nichts in der Politik zustande gebracht werden kann. Nach gereizter Debatte klingen dann wieder die Stimmen derer hervor, die zum Frieden mahnen, wobei freilich die Mahnungen immer darauf hinauskommen, daß die Nationalliberalen sich den konservativen Wünschen anpassen und sich von den *Sirenengesängen der äußersten Linken* nicht betören lassen sollen. Regierung und Konservative befürworten ein freundnachbarliches Zusammenarbeiten der beiden bürgerlichen Hauptparteien, sie denken sich dieses Zusammenarbeiten aber so, daß die Konservativen kommandieren und die Nationalliberalen auf eine eigene Politik verzichten.

Die Lage der Nationalliberalen hat sich ohne Zweifel recht schwierig gestaltet.

Der Aufschwung, den diese Partei seit einigen Jahren in Sachsen genommen hat, beruht zum erheblichen Teil auf ihrem Abrücken von den Konservativen und auf ihren reichlichen Versprechungen an die Wählerschaft, daß sie einen neuen liberalen Kurs herbeiführen werde. Jetzt soll sie ihre Versprechungen einlösen. Das wäre aber nur möglich, wenn sie mit der fortschrittlichen Volkspartei und mit der Sozialdemokratie Fühlung halten will. Würde sie das wirklich tun, so würde sie wieder bei fast jeder einzelnen zur Entscheidung stehenden gesetzgeberischen Frage in Gegensatz zur Regierung und zur Ersten Kammer geraten, und es könnten Situationen entstehen, zu deren Bewältigung den Nationalliberalen Neigung und Kraft durchaus fehlen. Allerdings, würde die Regierung nach der neuen Kammerzusammensetzung sich einrichten müssen, dann wäre alles einfacher, und die weitere Entwicklung läge klarer vor Augen. Da zeigt sich aber die ungeheure Rückständigkeit des dreiviertel-absolutistischen Verfassungswesens in den deutschen Bundesstaaten; die Regierung mit Hilfe der konservativen Minderheit trotz beharrlich der übergroßen Volks- und Parlamentsmehrheit. So kommt es, daß die Nationalliberalen ihre auf Kosten der Konservativen errungenen Siege nicht auszunutzen verstehen. Die Macht, die sie zu gewinnen gedachten, ist für sie nur ein Quell zahlloser Verlegenheiten. Sie wissen nicht ein und nicht aus. In ihren eigenen Reihen herrscht arge Unsicherheit und Zerfahrenheit. Die einen beschwören ihre Parteifreunde das Steuer des Parteischiiffs nach rechts zu drehen; die nationalliberale Partei dürfe sich auf keinen Fall mit der Sozialdemokratie irgendwie einlassen, sie müsse sich mit den Konservativen wieder vertragen. Bei diesen Ratschlägen spielt auch die Rücksicht auf die nächsten Reichstagswahlen eine Rolle. Es ist bezeichnend, daß gerade nationalliberale Reichstagsabgeordnete für die Wiederherstellung eines bessern Verhältnisses zu den Konservativen eintreten; sie glauben, daß ihre bei den Wahlen vom Januar 1907 der Sozialdemokratie abgewonnenen und jetzt unzweifelhaft sehr gefährdeten Mandate nur durch konservative Hilfe gehalten werden können. Andere Mitglieder der nationalliberalen Partei neigen dagegen mehr zur Betonung einer entschiedenen Politik, eines Zusammengehens mit der fortschrittlichen Volkspartei, ja auch mit der Sozialdemokratie, so daß die *Leipziger Zeitung* vor einiger Zeit unwillig von der »sich andeutenden Wandlung des nationalliberalen Urteils über das Wesen der Sozialdemokratie« schrieb. Diese Nationalliberalen sagen sich mit Recht, daß ein fauler Frieden mit den Konservativen das Ansehen der nationalliberalen Partei bei den Wählern herabsetzen und nur der Sozialdemokratie Vorteile bringen werde; auch bei den Reichstagswahlen werde der Vorteil konservativer Hilfe geringer sein als die Verluste linksgerichteter Wähler, die ein Paktieren mit der seit der preußischen Wahlrechtsverweigerung in Sachsen völlig diskreditierten konservativen Partei herbeiführen werde. Auf dem nationalliberalen Landesparteitag, der am 6. März in Chemnitz stattfand, kamen die widerstreitenden Richtungen recht lebhaft zum Ausdruck. Schließlich suchte der Landtagsabgeordnete Hettner über die Schwierigkeiten durch die Losung hinwegzubringen, daß die Partei nicht nach rechts und nicht nach links sondern geradeaus gehen werde. Das ist aber nur ein Verlegenheitswort. Die nationalliberale Partei kann nicht isoliert marschieren, sie muß sich nach einer Seite hin entscheiden. Sie muß unter das konservative Joch kriechen, wenn sie sich nicht zu einer festen und klaren Politik gegen die Konservativen entschließen kann, die in keiner politi-

schen Angelegenheit für fortschrittliche Lösungen zu haben sind. Vorläufig schwanken die Nationalliberalen noch unentschlossen hin und her, und in ihrem Lager spielen sich innere Kämpfe und Intrigen ab, die bereits zu Spaltungsgerüchten führten. So hat auch die Leipziger Parteigruppe, die nach rechts drängt, die Wiederwahl des entschiedener linksliberalen Langhammer in den Landesvorstand verhindert, während in der Landtagsfraktion ein Vertrauensvotum für Langhammer zustande kam; und Langhammer selbst erklärt offen, die Anfeindung durch seine Parteigenossen, die mit seinem geschäftlichen Verhalten begründet wird, geschehe in Wahrheit nur wegen seiner schärfere Stellungnahme gegen Regierung und Konservative.

Es muß aber vor allem noch beachtet werden, daß die Anschauungen, die von den Nationalliberalen in der Kammer vertreten, und die Forderungen, die von ihnen gestellt werden, sich in einer Linie halten, die sehr nach der konservativen Politik hin verläuft. Der Kampf zwischen Konservativen und Nationalliberalen geht gar nicht um große Differenzen, es ist viel eher die Rivalität einander nahe stehender Gruppen, die sich nur gegenseitig im Weg sind. In einigen geringeren Angelegenheiten ist wohl dann und wann ein Zusammenstimmen der Nationalliberalen mit Fortschrittlern und Sozialdemokraten vorgekommen. Aber in großen Fragen sind die nationalliberalen Forderungen nur dürftig und stark auf die Parteinteressen des industriellen und kommerziellen Unternehmertums zugeschnitten. Es zeigt sich dies beispielsweise an dem Streit um die Reform der Ersten Kammer. Die Industrie- und Handelskapitalisten fordern seit Jahren, daß sie eine Anzahl Vertreter in das sächsische Herrenhaus wählen dürfen. Die Regierung hatte 1905 eine Vorlage gebracht, die aber nur die Ernennung einiger Vertreter von Industrie und Handel durch den König bewilligte. Diese Vorlage war von den Nationalliberalen abgelehnt worden, und jetzt haben sie von neuem einen Gesetzentwurf gefordert, der »vor allem Industrie, Handel und Gewerbe ein verfassungsmäßiges Recht auf eine ihrer gegenwärtigen Bedeutung entsprechende Vertretung in der Ersten Kammer einräumt« und außerdem bei der Vertretung des Grundbesitzes den städtischen und den kleinern ländlichen Besitz mehr als bisher berücksichtigt. Die fortschrittliche Volkspartei geht etwas weiter und fordert, »daß allen größeren Berufsgruppen in angemessener Zahl Sitz und Stimme in der Ersten Kammer eingeräumt wird«. Unsere Parteigenossen vertreten das Einkammersystem. Die Regierung aber und die konservative Fraktion wollen nicht einmal auf den nationalliberalen Antrag eingehen, sie verlangen noch immer »Garantien für eine angemessene Wahl«. So geraten die Nationalliberalen in eine ganz jämmerliche Lage; sie scheuen jede ernsthafte Maßnahme, sie fordern eine *Reform*, die das Erstekammerunrecht gar nicht antastet, und dazu ernten sie noch die spöttische Abweisung durch die Regierung und die Konservativen. Nicht besser ist das Verhalten der Nationalliberalen zu der wichtigsten Frage der nächsten Zukunft, zur Reform des Volksschulunterrichts und zur Erhöhung der Staatsbeiträge für die Volksschule. Auch hier haben sie aus Furcht vor ernstem Kampf mit der kirchlichen Orthodoxie alle zeitgemäßen Forderungen von vornherein aufs äußerste verwässert, wollen längst nicht einmal so weit gehen wie die sächsische Lehrerschaft in ihren Zwickauer Thesen vorgeschlagen hat, und doch finden sie für ihre ganz schwächlichen Wünsche auch nicht die konservative Zustimmung; auch in dieser Kulturfrage

müssen sie noch mehr abschwächen, um vielleicht einen Kompromiß mit den Konservativen zustandezubringen. Und ganz schlimm ist das Verhalten der Nationalliberalen in sozialpolitischen Arbeiterfragen. Unsere Parteigenossen sind gerade auf diesem Gebiet mit vielen Anregungen und Anträgen vorgegangen, sie haben gründliche, detaillierte und bei einigem guten Willen praktisch durchführbare Vorschläge für das Eintreten des Staats in der Arbeitslosenfürsorge gemacht, sie haben neue Vorschriften bei der Vergebung staatlicher Arbeiten und zur Sicherung der Arbeiterausschüsse in Staatsbetrieben beantragt, sie haben den Ausbau der Gewerbeinspektion und die Grubenkontrolle durch frei gewählte und gesicherte Erwählte der Arbeiter gefordert usw. In allen diesen Fragen versagen aber die Nationalliberalen durchaus, sie erweisen sich da als Interessenvertretung des kurzfristigen kapitalistischen Unternehmertums, das jede Sicherung des Arbeiterrechts und jede Kosten verursachende Sozialpolitik verabscheut. Machen sich doch die Nationalliberalen sogar auch zu Mitschuldigen der Regierung, die mit fanatischer Verfolgungssucht das Koalitions- und das Versammlungsrecht der staatlichen Arbeiter unterdrückt, die fort und fort altgewordene Eisenbahnarbeiter grausam auf das Pflaster wirft, nur weil sie eine vom Transportarbeiterverband veranstaltete Versammlung besucht haben. In dieser Hinsicht sucht die sächsische Regierung unter Dr. von Rügers Leitung ein wahres Schreckensregiment aufrecht zu erhalten. Es ist das Gebiet, wo die konservative Reaktionsmacht, da sie die Entfaltung der ganzen großen Arbeiterbewegung nicht mehr zu hindern vermag, ihre verbissene Wut austobt. Und die Nationalliberalen unterstützen sie noch in diesem Verhalten.

Nach alledem muß die neue politische Situation in Sachsen als eine Übergangssituation gekennzeichnet werden. Die Nationalliberalen werden vielleicht versuchen mit wechselnden Mehrheiten sich fortzustricken, schließlich werden sie aber zu einer klaren und einheitlichen Stellungnahme gedrängt werden. Die Klärung ist in zwei Richtungen möglich. Entweder gelingt es der Regierung und den Konservativen die Nationalliberalen mürbe zu machen, oder die Nationalliberalen können sich zu einer tatkräftigern Politik gegen die Reaktion entschließen. Im ersten Fall wird die sächsische Politik leider noch zur Stagnation verurteilt bleiben, es wird aber zugleich immer neues Agitationsmaterial für die Sozialdemokratie bereit gestellt werden, und die Hoffnungen des Volks werden ausschließlich sich unserer Partei zuwenden. Im andern Fall würde sich der Gegensatz zwischen dem konservativen Regierungssystem und der aus Liberalen und Sozialdemokraten bestehenden Kammermehrheit weiter zuspitzen. Eine solche Entwicklung müßte schließlich, da eine große Mehrheit des sächsischen Volks hinter diesen Parteien steht, dazu führen, daß die konservative Macht noch mehr als bei den letzten Wahlen aufs Haupt geschlagen und sich den Ansprüchen der fortschreitenden Zeit unterzuordnen gezwungen wird. In jedem Fall gehen wir großen und ernstesten Auseinandersetzungen entgegen. Die letzten Wahlen haben der Sozialdemokratie ein weites Feld parlamentarischer Arbeit eröffnet, und unsere Fraktion betätigt sich frisch und tatkräftig auf diesem Feld. Jedoch läßt der andauernd heftige Widerstand der konservativen Reaktion, die sich in die neue Situation nicht finden will, sowie die Zerrissenheit und Mutlosigkeit bei den Liberalen auf baldige größere Erfolge unserer Politik kaum hoffen. Es wird noch weiterer Kämpfe bedürfen,

